



## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Sybilla Lena Nitsch (SSW)**

**und Antwort**

**der Landesregierung – Ministerin für Soziales, Jugend, Familie,  
Senioren, Integration und Gleichstellung (MSJFSIG)**

### **Opt-Out-Möglichkeit Bezahlkarte**

- 1) Ist die Möglichkeit einer Opt-Out-Vereinbarung für Kommunen bei Bezahlkarten für Geflüchtete zwischen der Landesregierung und den Kommunen diskutiert worden? Wenn ja, was waren die Gesprächsergebnisse und favorisierte Lösungen?

Antwort:

Ja. Die Einführung der Bezahlkarte wurde unter Beteiligung der Kommunalen Landesverbände (Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag und Städteverband Schleswig-Holstein ) vorbereitet. Im Rahmen der Gespräche wurden mit den Kommunen auch Fragen der Ausgestaltung und Umsetzung erörtert. Vor diesem Hintergrund und entsprechend der Entscheidung des Landes für eine einheitliche Umsetzung auf Grundlage des gemeinsamen Vergabeverfahrens wurde für Schleswig-Holstein keine Opt-Out-Regelung vorgesehen.